# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich 48 Rpfg. Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

**Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.**

Nr. 265 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 13. November 1931


## Die Macht der Tatsachen.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung sind nichts für ungeduldige Leute. Und in unseres Leibes täglicher Not haben wir auch wenig Zeit, dem langsamen Ablauf der sich hin und wieder ein wenig verschiebenden Dinge mehr als nur bisweilen einen kurzen Blick zu schenken. Außerdem hüllt man sich ebenso in Paris wie in Berlin vorläufig in ein ziemlich selbstverständliches Schweigen, offenbar, weil eben die Dinge noch in der Schwebe sind. Man kann auch sagen: in der Schwebe gehalten werden und in diesem Zustand auch wohl noch einige Zeit verharren sollen, weil in Paris am Freitag die französischen Abgeordneten und Senatoren wieder zusammengetreten sind. Daß durch die Begleitmusik parlamentarischer Reden und Interpellationen außenpolitische Verhandlungen nicht gerade in das Gebiet größerer Harmonie versetzt werden, lehrt alte Erfahrung; das trifft auch für das französische Parlament zu, besonders da diese Volksvertretung jetzt noch eifriger auf Stimmungen im Lande hört, ihnen noch weit bereitwilliger als sonst nachgibt, weil allmählich die Neuwahlen zur Französischen Deputiertenkammer am Horizont auftauchen. Darunter pflegt das Gefühl für die Verantwortlichkeit in Wort und Tat zu schwanken und nachgiebig zu werden gegenüber dem Wunsch, rasch den Meinungen und Ansichten, der „Stimmung" in den Wählermassen Reverenz zu erweisen.

Infolgedessen werden auch Laval und Briand erst einmal selbst Rechnung legen über die vergangenen sechs Monate, — solange war die Kammer vertagt — und die politischen Kommentare zu dieser Rechnung entgegennehmen. Beide Minister werden nicht ohne Stolz über das Erreichte vor die französische Volksvertretung erscheinen können, aber für den weiteren Weg zum mindesten die Mahnung miterhalten, das Erreichte zu verteidigen und nichts davon aufzugeben. Das Kabinett Laval hat ja im wesentlichen seine parlamentarische Grundlage in der Mitte und auf der Rechten des Hauses; die stärkste Partei freilich, die „linke Mitte", die Radikalsozialisten, steht Gewehr bei Fuß, um nach den Wahlen den Anschluß weder nach rechts noch nach links zu verpassen. Ihr neuer Vorsitzender, Herriot, ist heute längst nicht mehr der Mann der Dawes-Konferenz von 1924, der Gegenspieler eines Poincaré, sondern hat im Laufe des Jahres oft genug und herzhaft laut rechtsnationalistische Töne von sich gegeben. Denn der — Erfolg ist oft von stärkerem Einfluß als die gerade im parlamentarisch-politischen Leben Frankreichs meist sehr „relative" Überzeugungsfestigkeit. Man fühlt sich dort eben längst nicht so absolut an parteipolitische Programme gebunden — die gibt es auch kaum — wie dies vom deutschen Politiker im allgemeinen als selbstverständliche Pflicht erachtet wird. Mit dem Erfolg und dem Erfolgreichen zu gehen, wird durchaus nicht als „Verrat" aufgefaßt und ein politisches „Renegatentum" schändet ganz und gar nicht. Dafür gibt es unter den französischen Politikern eine lange Reihe von Beispielen.

Auf diesem Untergrund eines dem Erfolg huldigenden, von politischen Dogmen wenig behelligten Parlaments vermag freilich nun die französische Regierung in ihren Verhandlungen mit Deutschland sozusagen Ellenbogenarbeit zu leisten, die Stimmungen oder Beschlüsse namentlich der Deputiertenkammer politisch zu verwerten. Man darf vielleicht als bezeichnende Illustration hierfür auch wieder an ein Vorkommnis auf der Dawes-Konferenz in London 1924 erinnern, auf der Herriot als Ministerpräsident der französischen Interessen vertrat. Damals standen die Truppen Frankreichs noch an der Ruhr, und die deutsche Delegation konnte es von Herriot nur erreichen, daß er in Paris wegen der sofortigen Räumung dieser Gebiete nach Unterzeichnung des Dawes-Plans erst mit den französischen Parteiführern und den maßgebenden Politikern unterhandelte. Nach einem raschen Flug hinüber und zurück mußte er in London erklären, daß er sofort von der Kammer gestürzt würde, wenn er die alsbaldige Räumung des Ruhrgebietes zugäbe. Die deutschen Vertreter willigten nun ihrerseits in das weitere Verbleiben der Franzosen an der Ruhr noch auf ein Jahr hinaus ein. Hatte doch auch Englands damaliger Ministerpräsident Macdonald einen viel zu tiefen Respekt vor jeder parlamentarischen Mehrheitsäußerung eines wirklichen oder angeblichen „Volkswillen". Auch das französische Parlament läßt sich reiten: es kommt nur darauf an, daß sein Reiter „für den Ruhm und die Ehre Frankreichs" Erfolge erzielt hat oder erzielen will.

Im Palais Bourbon, dem, wenn man so sagen darf, Pariser „Wallotbau", wissen die dort jetzt zusammengetretenen Deputierten ganz genau, daß sich bei den Beratungen und den Verhandlungen mit Deutschland kein anderes Land, keine andere Macht hineinmischen wird. Die Rhetorik Macdonalds bleibt praktisch unbeachtet. Nur eine einzige, allerdings eine Großmacht anderer Art, wird hier einen Einfluß ausüben können, wenn man will, sogar von einer entscheidenden Wirkung sein: Das ist die Macht der Tatsachen. Sie sprechen zu lassen, sie zu dieser Wirkung zu bringen, sie als Bundesgenossen zu nutzen ist heute die erste Aufgabe der deutschen Außenpolitik bei den Verhandlungen mit und in Paris.

# In der Schwebe.

## Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit?

Um die neuen Tributverhandlungen.

**Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, ist von seiner Pariser Reise wieder nach Berlin zurückgekehrt. Für Donnerstag war ein Empfang des Botschafters durch den Reichskanzler Dr. Brüning vorgesehen, bei dem eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand der Pariser Verhandlungen erfolgen sollte. Die ausländische Presse will erfahren haben, daß in Paris bereits eine Verständigung erfolgt sein soll, und daß eine Europakonferenz in einiger Zeit einberufen werden würde, der dann die Neuregelung über die Frage der Tributzahlungen obliegen soll. An zuständiger deutscher Stelle wird erklärt, daß von einem Abschluß der Pariser Vorverhandlungen noch keine Rede sein könne. Alles sei vielmehr noch in der Schwebe. Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hat, wie weiter betont wird, neue Weisungen der Reichsregierung für die weiteren Verhandlungen mit Frankreich erhalten.**

Der Londoner „Daily Telegraph" will erfahren haben, daß der englische Außenminister John Simon sich Ende dieser Woche nach Paris begeben wird, um Besprechungen mit Briand und vielleicht auch mit Laval über die weitere Art des Vorgehens vorzunehmen, die zu einer Nachprüfung der Tributfrage und aller damit zusammenhängenden Fragen führen sollen. Diese Besprechungen sollen bestimmt stattfinden, wenn sich die deutsche Regierung bis zum nächsten Montag dazu entschließen würde, um die Einberufung der Freigabe der Tributbanken in Basel zu ersuchen.

**Der Berliner Berichterstatter des „Paris Midi" meldet seinem Blatt, daß die deutsch-französischen Verhandlungen über die Zuständigkeit des Baseler Young-Ausschusses zu einem grundsätzlichen Kompromiß geführt hätten, dessen Inhalt dem Reichspräsidenten durch Dr. Brüning unterbreitet worden sei. Die Öffentlichkeit werde jedoch erst später davon Kenntnis erhalten, da Laval den Wunsch geäußert habe, die französische Kammeraussprache abzuwarten. Die Reichsregierung habe ihrerseits die Absicht, den interessierten Staaten am Montag oder Dienstag eine Note zugehen zu lassen, in der sie die Einberufung des Sachverständigenausschusses beantragen werde. Der Ausschuß solle dann vermutlich am 23. November in Basel zusammentreten. Seine Zuständigkeit werde sich nach deutscher Auffassung auf die Prüfung der Gesamtheit der deutschen Zahlungsfähigkeit erstrecken. Hierzu könne man sagen, daß von französischer Seite weder in der Frage des von Deutschland ursprünglich geforderten Vorranges der Privatschulden vor den Tributlasten noch in der Frage eines Zusammenhangs zwischen Privatschulden und Tributen Zugeständnisse gemacht worden seien. Wenn man von einem französischen Zugeständnis sprechen wolle, so bestehe es nur darin, daß Frankreich einer gleichzeitigen Tagung des Young-Ausschusses und des Bankierausschusses in Basel für die Stillhaltefragen zugestimmt habe.**

Von zuständiger deutscher Seite wird auch zu dieser aus französischer Quelle stammenden Nachricht hingewiesen, daß eine Einigung über die Weiterbehandlung der Tributfrage tatsächlich gegenwärtig noch nicht erzielt sei. Es ist auch schwer verständlich, wie Deutschland den Ausschuß einberufen könnte, obwohl eingestandenermaßen eine Einigung über seine Zuständigkeit nicht zustande gekommen ist. Eine Garantie für die Berücksichtigung der deutschen Zahlungsfähigkeit im Hinblick auf die privaten Schuldverpflichtungen Deutschlands müßte praktisch zum mindesten gegeben sein, da sonst die Verhandlungen des Ausschusses in der Luft hängen würden.

## Zur Tributfrage.

**Lavals Erklärung im Auswärtigen Ausschuß.**

Über die gemeinsame Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Finanzausschusses der Kammer, in der Ministerpräsident Laval Erklärungen abgab, heißt es in einer amtlichen Verlautbarung: Laval gab einen Überblick über die Gesamtentwicklung der Lage.

**Auf verschiedene Fragen erwiderte er, daß sich die französische Regierung in bezug auf die Frage der Reparationen und Kriegsschulden ebenso wie Präsident Hoover alle Freiheit gewahrt habe. Ebenso seien während der Washingtoner Besprechungen die Rechte des französischen Parlaments völlig unangetastet geblieben. Der Ministerpräsident unterstrich ferner besonders, daß in Washington Übereinstimmung darüber geherrscht habe, daß angesichts der Lage in Europa, und besonders in Deutschland, die Initiative zur Einberufung des beratenden Ausschusses bei der BIZ. ergriffen werden müsse. Erst nachdem dieser Ausschuß seinen Bericht vorgelegt habe, werde es den Regierungen möglich sein, die Vorbedingungen und Einzelheiten der neuen Regelung ins Auge zu fassen, die für die Zeit der Krise notwendig erscheine.**

## Minister Gröner im Reichsrat.

In der Sitzung des Reichsrates stellte sich Minister Gröner als Innenminister vor. In einer Ansprache sagte er, es liege ihm nichts ferner, als etwa durch Maßnahmen von oben her die selbständige Tätigkeit der Länder irgendwie zu beschränken. Ihm persönlich wäre es am liebsten, man könnte ohne alle Verordnungen, die leider durch den Zwang der Verhältnisse aufgenötigt würden, arbeiten und leben. Er werde niemals einen Standpunkt einnehmen, der bei den sachlichen Auseinandersetzungen mit den Ländern zu einem Zusammenstoß führen könnte. Man werde weiterkommen, wenn man die oft schwierigen Fragen ruhig und sachlich bespreche. Der Minister bat um die Mitwirkung des Reichsrates in dem Bestreben, die Einigkeit und Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern sicherzustellen.

Staatssekretär Weißmann dankte für die preußische Regierung dem Minister. Der Reichsrat habe zu dem neuen Innenminister das Vertrauen, daß er seine Zusage, die Verfassung zu schützen, auch in die Tat umsetzen werde. Er dankte dem Minister dann auch für die Erklärung, daß zwischen dem Reichsinnenministerium und der preußischen Regierung ein Streit hinsichtlich der Rundfunkangelegenheit nicht bestehe. Auch die preußische Regierung sei gern bereit, Meinungsverschiedenheiten mit der Reichsregierung in gütlicher Aussprache zu erledigen.

Der Reichsrat verabschiedete alsdann den Entwurf einer Reichsdienststrafordnung und stimmte dem Übereinkommen mit Österreich über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze wohnenden Medizinalpersonen zur Ausübung ihrer Praxis zu.

Ebenso wurde einer Novelle zur Verordnung über den Zusammenschluß der Zuckerindustrie zugestimmt. — Es soll dadurch verhindert werden, daß mehr Zucker ausgeführt wird, als nach den internationalen Vereinbarungen zulässig ist.

## Vom Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung

**Hauptaussprache der Ausschüsse abgeschlossen.**

Amtlich wird mitgeteilt: Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredits haben ihre Generalaussprache in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt.

Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

*

**Die deutsche Wirtschaftsabordnung in Paris.**

Die deutsche Abordnung für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist in Paris eingetroffen.

## Um die russische Einfuhr.

**Rußland will mehr nach Deutschland verkaufen.**

Im August hatten zwischen Deutschland und Rußland Zolltarifverhandlungen begonnen, die im Oktober ergebnislos abgebrochen werden mußten, da Deutschland keine Zugeständnisse machen konnte. Die Russen hatten Zollermäßigungen verlangt und gefordert, daß Deutschland die Erhöhung der russischen Einfuhr nach Deutschland zulasse. Nunmehr sind erneut Verhandlungen eingeleitet worden. Der neue Reichswirtschaftsminister Warmbold hat die russischen Unterhändler zur ersten Besprechung empfangen. Den Verhandlungen von Regierung zu Regierung sind Verhandlungen mit den am Rußlandgeschäft beteiligten deutschen Firmen vorausgegangen, in denen u. a. von einer Ablösung der bisherigen Zahlungsform — statt in bar durch russische Warenlieferungen — die Rede war.

## Das ungarische Regiment des Reichspräsidenten.

**Eine Abordnung kommt am 16. November nach Berlin.**

Das Angebot des Reichsverwesers von Ungarn, Nikolaus von Horthy, an Reichspräsidenten von Hindenburg, die Inhaberschaft des 3. Honved-Infanterieregiments in Stuhlweißenburg zu übernehmen, wird von einer Abordnung des Regiments unter Führung des Oberstkommandanten Otto Roosbeke am 16. November in Berlin erfolgen. Mitglieder der Abordnung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF